

Inhaltsübersicht

	Seite
Vorwort	I
Einführung	V
Stichwortverzeichnis	1
Abkürzungsverzeichnis	87

Abschnitt 0 Allgemeines

01 Von der Notwendigkeit des Verwaltungszwangsverfahrens	1
02 Historischer Überblick	4
03 Das Verwaltungszwangsverfahren	6
03.1 Der Verwaltungsakt	8
03.2 Die Vollstreckung von Geldforderungen aus öffentlich-rechtlichen Verträgen	9
03.3 Privatisierung der Verwaltungsvollstreckung	17

Abschnitt 1

Die Rechtsgrundlagen des Verwaltungszwangsverfahrens

11 Das Verwaltungsvollstreckungsrecht des Bundes	1
11.1 Allgemeines	1
11.2 Rechtsgrundlagen	3
12 Das Verwaltungsvollstreckungsrecht der Länder	1
12.1 Allgemeines	1
12.2 Rechtsgrundlagen	1
13 Die Zulässigkeit des Verwaltungszwangsverfahrens	1
13.1 Öffentlich-rechtliche Geldforderungen	1
13.2 Privatrechtliche Geldforderungen	3

Inhaltsübersicht

Abschnitt 2

Die Beteiligten des Verwaltungszwangsverfahrens

21	Der Vollstreckungsschuldner	1
21.1	Die Entstehung der Abgabenschuld	2/1
21.2	Die Entstehung des Zahlungsanspruchs	2/2a
21.3	Die Fälligkeit des Zahlungsanspruchs	2/3
21.4	Der Haftungsschuldner	4/1
21.5	Der Duldungsschuldner	25
21.6	Körperschaften des öffentlichen Rechts als Vollstreckungsschuldner	29
21.7	Vollstreckungs- und Ermittlungsmöglichkeiten gegen Schuldner mit unbekanntem Aufenthalt	32
22	Der Vollstreckungsgläubiger	1
22.1	Begriff	1
22.2	Rechte und Pflichten des Vollstreckungsgläubigers	2
22.3	Qualitätsstandards im kommunalen Forderungsmanagement	22
23	Die Vollstreckungsbehörden	1
23.1	Das Verhältnis der Vollstreckungsbehörde zu ihrer vorge-setzten Dienstbehörde	1
23.2	Wer ist Vollstreckungsbehörde?	3
23.3	Die Aufgaben	13
23.4	Die Amtshilfe (Vollstreckungshilfe)	1

Anhang

Gesetz zur Ausführung zwischenstaatlicher Verträge und zur Durchführung von Verordnungen der Europäischen Gemeinschaft auf dem Gebiet der Anerkennung und Vollstreckung in Zivil- und Handelssachen (Anerkennungs- und Vollstreckungsausführungsgesetz – AVAG)	1
--	---

Gesetz über den Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Österreich vom 4. Oktober 1954 über Rechtsschutz und Rechtshilfe in Abgabensachen ..	51
---	----

Inhaltsübersicht

	Gesetz zu dem Vertrag vom 31. Mai 1988 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Österreich über Amts- und Rechtshilfe in Verwaltungssachen	65
	Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Österreich über Amts- und Rechtshilfe in Verwaltungssachen	73
	Merkblatt zur zwischenstaatlichen Amtshilfe bei der Steuererhebung (Beitreibung)	79
	Gesetz über die Durchführung der Amtshilfe bei der Beitreibung von Forderungen in Bezug auf bestimmte Steuern, Abgaben und sonstige Maßnahmen zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU-Beitreibungsgesetz – EU-BeitrG)	105
	Richtlinie 2010/24/EU des Rates vom 16. März 2010 über die Amtshilfe bei der Beitreibung von Forderungen in Bezug auf bestimmte Steuern, Abgaben und sonstige Maßnahmen	121
	Verordnung (EG) Nr. 1896/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2006 zur Einführung eines Europäischen Mahnverfahrens	165
24	Die Vollziehungsbeamten/Vollstreckungsbeamten	1
	24.1 Allgemeines	1
	24.2 Das Verhältnis der VB zur Vollstreckungsbehörde	2
	24.3 Die beamtenrechtliche Stellung	3
	24.4 Vereidigung und Dienstaussweis	3
	24.5 Die Aufgaben	5
	24.6 Die Geschäftsführung	10/1
	24.7 Die Vollstreckungsvergütung	18
	24.8 Gerichtsvollzieher im Verwaltungszwangsverfahren	21
	Anhang	
	Verordnung über die Vergütung für Beamte im Vollstreckungsdienst (Vollstreckungsvergütungsverordnung – VollstrVergV)	1
25	Die Gerichtsbehörden	1
	25.1 Ordentliches Gericht	1

Inhaltsübersicht

25.2	Verwaltungsgericht	3
25.3	Arbeitsgericht	4
25.4	Sozialgericht	5
25.5	Finanzgericht	6

Abschnitt 3

Vollstreckung von Geldforderungen (Beitreibung von Geldbeträgen) – Allgemeine Vorschriften, Verfahren und Formen

31	Zustellungen	1
31.1	Rechtsgrundlagen	1
31.2	Begriffsbestimmung	4
31.3	Zustellungsarten	5
31.4	Zustellung speziell im Verwaltungsvollstreckungsverfahren	6
31.5	Behördliche Anordnung	7
31.6	Rechtsnatur der Anordnung der Zustellung	8
31.7	Zustellung an einen Bevollmächtigten	9
31.8	Zustellung durch die Post mittels Postzustellungsurkunde ..	11
31.9	Ersatzzustellung bei Zustellung durch die Post und bei Zustellung durch die Behörde selbst	14
31.10	Zustellung durch die Post mittels eingeschriebenen Briefes	23
31.11	Zustellung durch die Gemeinde selbst	25
31.12	Zustellung auf andere Weise und in elektronischer Form ...	27
31.13	Zustellung an Soldaten der Bundeswehr	29
31.14	Zustellung im Ausland	29
31.15	Öffentliche Zustellung	31
31.16	Heilung von Zustellungsmängeln	35
31.17	Zustellung nach dem Nato-Truppenstatut	37
31.18	Zustellung in Abgabensachen nach bi- und multilateralen Abkommen	49
31.19	<i>zurzeit nicht besetzt</i>	
31.20	<i>zurzeit nicht besetzt</i>	

Inhaltsübersicht

31.21	Zustellung im gerichtlichen Verfahren	59
31.30	Bekanntgabe von Verwaltungsakten	62
Anhang		
	Erlass des Bundesministers der Verteidigung betreffend Zustellungen, Ladungen, Vorführungen und Zwangsvollstreckungen in der Bundeswehr (<i>Auszug</i>)	1
	Anwendungserlass zur Bekanntgabe des Verwaltungsaktes (zu § 122 AO)	8/3
	Gesetz zu dem Europäischen Übereinkommen vom 24. November 1977 über die Zustellung von Schriftstücken in Verwaltungssachen im Ausland und zu dem Europäischen Übereinkommen vom 15. März 1978 über die Erlangung von Auskünften und Beweisen in Verwaltungssachen im Ausland (<i>Auszug</i>)	9
	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Europäischen Übereinkommens über die Zustellung von Schriftstücken in Verwaltungssachen im Ausland	39
32	Mahnungen	1
32.1	Wesen und Bedeutung	1
32.2	Voraussetzungen	2
32.3	Notwendigkeit	2/2
32.4	Zuständigkeit	4
32.5	Mahn- und Zahlungsfristen	5
32.6	Arten und Inhalt der Mahnung	7
32.7	Kosten der Mahnung	13
33	Vollstreckungsformen und -verfahren	1
33.1	Allgemeines	1
33.2	Die Einleitung des Zwangsverfahrens	2/1
33.3	Vollstreckung zur Nachtzeit und an Sonn- und Feiertagen ..	5
33.4	Die Geschäftsordnung im Zwangsverfahren	6
34	Verjährung allgemein	1
34.1	Zum Rechtsinstitut der Verjährung	1
34.2	Gegenstand der Verjährung	2

Inhaltsübersicht

34.3	Grundlagen und Wirkung der Verjährung im Zivilrecht	3
34.4	Grundlagen und Wirkung im öffentlichen Recht	4
35	Verjährung privatrechtlicher Ansprüche	1
35.1	Allgemeines	1
35.2	Regelmäßige Verjährungsfrist	2
35.3	Andere (besondere) Verjährungsfristen	3
35.4	Vereinbarungen über die Verjährung	5
35.5	Hemmung der Verjährung	6
35.6	Ablaufhemmung der Verjährung	9
35.7	Neubeginn der Verjährung	10
35.8	Weitere Rechtsfolgen der Verjährung	11
35.9	Anpassung der Verjährungsvorschriften zahlreicher Gesetze des Zivilrechts an die Neuregelung	12/1
35.10	Überleitung in das neue Recht	13
36	Verjährung öffentlich-rechtlicher Ansprüche	1
36.1	Verjährung öffentlich-rechtlicher Ansprüche	1

Abschnitt 4

Vollstreckung in das bewegliche Vermögen

41	Allgemeines	1
41.1	Pfändung und ihre Begrenzung	1
41.2	Arten der Pfändung, zweckmäßige Pfändung	2
41.3	Wirkung der Pfändung	3
41.4	Überpfändung – Zwecklose Pfändung	5
41.5	Zuziehung von Zeugen	1
41.6	Niederschrift über die Zwangsvollstreckung	1
42	Zwangsvollstreckung in Sachen	1
42.1	Gegenstand der Pfändung	1
42.2	Der Vollstreckungsauftrag	1
42.3	Abwendung, Einstellung und Beschränkung der Voll- streckung	1

Inhaltsübersicht

42.4	Unpfändbare Sachen	1
42.41	Vollstreckung in Tiere im häuslichen Bereich	8
42.5	Austauschpfändung, Vorwegpfändung	1
42.6	Einschränkung der Hausratpfändung	1
42.7	Unpfändbarkeit der Bestandteile und des Zubehörs von Grundstücken und Schiffen	1
42.8	Gegenstände, auf die sich bei Grundstücken die Hypothek erstreckt	1
42.9	Früchte auf dem Halm	1
42.10	Auswahl der zu pfändenden Sachen	1
42.11	Zwangsvollstreckung bei Eheleuten	1
42.12	Zwangsvollstreckung gegen Soldaten	1
	Anhang	
	Verwaltungsanordnung über die Vertretung des Bundes als Drittschuldner im Bereich des Bundesministeriums der Ver- teidigung	1
42.13	Ausführung der Pfändung	1
42.14	Pfändung bei Dritten	1
42.15	Rechte Dritter	1
42.16	Die Anschlusspfändung	1
42.17	Die Verwertung der gepfändeten Sachen	1
43	Zwangsvollstreckung in Forderungen	1
43.1	Begriff und Abgrenzung	1
43.2	Voraussetzungen der Pfändbarkeit	3
43.3	Die Personen der Handlung	5
43.4	Die Pfändungsverfügung	7
43.5	Aufhebung der Pfändung; Verzicht auf die Forderung	12a
43.6	Die rechtlichen Wirkungen der Forderungspfändung	13
43.7	Überweisung und Einziehung	17
43.8	Wer ist Drittschuldner?	1
43.9	Die Drittschuldnerpflicht	7

Inhaltsübersicht

43.10	Verletzung der Drittschuldnerpflicht	8/8
43.11	Pfändung einer durch Hypothek gesicherten Forderung	11
43.12	<i>zurzeit nicht besetzt</i>	
43.13	Die Wegnahme von Urkunden	15
43.14	Verfahren bei mehrfacher Pfändung	17
43.15	Der Pfändungsschutz bei Forderungspfändungen	18/1
43.16	Pfändung von Ansprüchen auf Geldleistungen nach dem Sozialgesetzbuch (SGB)	19
43.17	Rückforderung aufgrund eines Darlehens erhaltener Sozialhilfe	25
44	Pfändung von Arbeitseinkommen	1
44.1	Grundsätzliches	1
44.2	Der Begriff des Arbeitseinkommens	3
44.3	Unpfändbare Bezüge	6
44.4	Bedingt pfändbare Bezüge	11
44.41	Pfändung des Taschengeldanspruchs	14
44.5	Die Pfändungsfreigrenze und der pfändbare Betrag	19
44.6	Pfändungsschutz in Ausnahmefällen (Härteklausele gem. § 850f Abs. 1 ZPO)	31
44.7	Lohnschiebung und -verschleierung	32
44.8	Sonderfälle	36/1
44.9	Probleme der Lohnpfändung	36/3
44.10	Pfändung von Steuerstattungsansprüchen	50
	Anhang	
	Verordnung über die sozialversicherungsrechtliche Beurteilung von Zuwendungen des Arbeitgebers als Arbeitsentgelt (Sozialversicherungsentgeltverordnung – SvEV)	1
45	Pfändung von Miet- und Pachtforderungen	1
45.1	Allgemeines	1
45.2	Vollstreckungsschutz nach § 851 b ZPO	1

Inhaltsübersicht

45.3	Einschränkung der Pfändbarkeit aufgrund besonderer Eigentumsverhältnisse	3
45.4	Einschränkung der Pfändbarkeit wegen Verbots der Überpfändung	5
45.5	Einschränkung der Pfändbarkeit durch Anordnung der Zwangsverwaltung	6
45.6	Mietpfändung im Insolvenzverfahren	7
45.7	Mietpfändung bei Nießbrauch	8
45.8	Das Vorrecht der öffentlichen Grundstückslast bei der Miet- und Pachtpfändung	9
45.9	Rangfolge und Besonderheiten bei der Pfändung von Miet- und Pachtforderungen aufgrund dinglichen Vollstreckungstitels	12
45.10	Die Rechtsstellung des Mieters	14
45.11	Verfahren bei der Pfändung und Einziehung von Mietforderungen	15
	Anhang	
	Gesetz über die Pfändung von Miet- und Pachtforderungen wegen Ansprüchen aus öffentlichen Grundstückslasten	2
46	Zwangsvollstreckung in Herausgabeansprüche gegen Dritte	1
46.1	Grundsätzliches	1
46.2	Ansprüche auf Herausgabe von Urkunden	3
46.3	Ansprüche auf Herausgabe beweglicher Sachen	4
46.4	Ansprüche auf Herausgabe unbeweglicher Sachen	6
47	Zwangsvollstreckung in andere Vermögensrechte	1
47.1	Anwendungsbereich	1
47.2	Das Verfahren	3
47.3	Formulierungsmuster der Pfändungsverfügungen – Einzelfälle, Gesellschaftsanteile und -rechte mit Erläuterungen	21
47.4	Schiffshypotheken-Forderungen und Registerpfandrechte an Luftfahrzeugen	31
47.5	Haftung und Vollstreckung gegen Erben	33

Inhaltsübersicht

Abschnitt 5

Verfahren zur Vermögensauskunft und zur Eintragung in das Schuldnerverzeichnis

51	Die Bedeutung der Sachaufklärung in der Zwangsvollstreckung	1
51.1	Allgemeines	1
51.2	Das bisherige Vermögensoffenbarungsverfahren in der Zwangsvollstreckung	4
51.3	Die Sachaufklärung in der Sach-, Forderungspfändungs- und Immobilienvollstreckung	6
51.4	Die gesetzliche Ermittlungsbefugnis in der Verwaltungsvollstreckung	6
51.5	Die Reform der Sachaufklärung im Verwaltungsvollstreckungsrecht	8
52	Die Vermögensauskunft als zentrales Element der Reform der Sachaufklärung	9
52.1	Allgemeines	9
52.2	Eröffnung des Verfahrens zur Vermögensauskunft	10
53	Die Register des Vermögensauskunftsverfahrens und die Rechtswirkungen der Eintragungen	12
53.1	Allgemeines	12
53.2	Neukonzeption der Register des Vermögensauskunftsverfahrens	12
53.3	Rechtsgrundlagen für die Registerführung	13
53.4	Inhalte der Register des Schuldnerportals	17
53.5	Technische Aspekte zur Registernutzung (Einsichtnahme, Einlieferung)	18
53.6	Rechtswirkungen der Eintragungen	19
53.7	Das alte Schuldnerregister	21
54	Verpflichtete und Zuständigkeiten im Verfahren zur Vermögensauskunft	23
54.1	Verpflichtete zur Abgabe der Vermögensauskunft	23

54.2	Zuständigkeiten im Abnahmeverfahren zur Vermögensauskunft	24
55	Gütliche Erledigung und Vollstreckungsschutz im Verfahren der Vermögensauskunft	26
55.1	Allgemeines	26
55.2	Gütliche Erledigung, Vollstreckungsaufschub bei Zahlungsvereinbarungen im ZPO-Verfahren zur Vermögensauskunft	27
55.3	Vollstreckungsaufschub im verwaltungsbehördlichen Verfahren zur Vermögensauskunft	28
56	Das Vermögensverzeichnis zur Vermögensauskunft	29
56.1	Allgemeines	29
56.2	Inhalt und Zweck des Vermögensverzeichnisses	29
56.3	Die Abnahme der eidesstattlichen Versicherung im Vermögensauskunftsverfahren	39
56.4	Hinterlegung des Vermögensverzeichnisses	42
57	Rechtsschutz im Vermögensauskunfts- und Eintragungsverfahren	42
57.1	Allgemeines	42
57.2	Rechtsschutz im Verfahrensstadium der Vermögensauskunft	43
57.3	Rechtsschutz im Verfahrensstadium des Eintragungsverfahrens zum Schuldnerverzeichnis	45
58	Die Durchführung des Vermögensauskunftsverfahrens durch den Gerichtsvollzieher	47
58.1	Allgemeines	47
58.2	Der Vollstreckungsauftrag und die Reihenfolge der Zwangsvollstreckung	48
58.3	Befugnisse des Gerichtsvollziehers zur Aufenthaltsermittlung	51
58.4	Vermögensauskunft mit eidesstattlicher Versicherung	52
58.5	Die Sofortabnahme der Vermögensauskunft durch den Gerichtsvollzieher	57
58.6	Das Erzwingungsverfahren	59

Inhaltsübersicht

58.7	Das Eintragungsverfahren in das Schuldnerverzeichnis	60
58.8	Die Drittauskunftsrechte des Gerichtsvollziehers	64
58.9	Kosten im Vermögensauskunftsverfahren der ZPO	66
59	Die Durchführung des Vermögensauskunftsverfahrens durch die Vollstreckungsbehörde	68
59.1	Allgemeines	68
59.2	Zuständigkeiten	70
59.3	Die Einleitung der behördlichen Vermögensauskunft durch die Zahlungsaufforderung	74
59.4	Die Ladung zur Vermögensauskunft	77
59.5	Die Aufnahme der Vermögensauskunft und die Abnahme der eidesstattlichen Versicherung	79
59.6	Die Sofortabnahme zur Vermögensauskunft	81
59.7	Die Erzwingung der Vermögensauskunft	83
59.8	Das Eintragungsverfahren in das Schuldnerverzeichnis	86
59.9	Kosten im behördlichen Vermögensauskunftsverfahren . . .	96
	Anhang	
	Verordnung über die Führung des Schuldnerverzeichnisses (Schuldnerverzeichnisführungsverordnung – SchuFV)	1
	Verordnung über den Bezug von Abdrucken aus dem Schuldnerverzeichnis (Schuldnerverzeichnisabdruckverordnung – SchuVAbdrV)	2/7
	Verordnung über das Vermögensverzeichnis (Vermögensverzeichnisverordnung – VermVV	2/17
	Geschäftsanweisung für Gerichtsvollzieher (GVGA) (<i>Auszug</i>)	2/23

Abchnitt 6

Vollstreckung in das unbewegliche Vermögen

	Einleitung	1
61	Eintragung und Löschung von Sicherungshypotheken	2
61.1	Allgemeines	2
61.2	Freiwillige Sicherungshypothek	4

Inhaltsübersicht

61.3	Höchstbetragshypothek	5
61.4	Zwangshypothek	5
61.5	Anspruch des Inhabers einer Zwangshypothek auf Aufhebung vorrangiger Eigentümergrundschulden	15
61.6	Arresthypothek	17
61.7	Löschung der Sicherungshypothek	18
62	Die Zwangsverwaltung von Grundstücken	1
62.1	Allgemeines	1
62.2	Wirkungen der Anordnung der Zwangsverwaltung	5
62.3	Zwangsverwalter	4/2
62.4	Die gemeindlichen Forderungen in der Zwangsverwaltung .	6/5
62.5	Das Verteilungsverfahren (Rangklassen)	13
62.6	Aufhebung der Zwangsverwaltung	15
62.7	Kosten des Verfahrens	19
63	Die Zwangsversteigerung von Grundstücken	1
63.1	Allgemeines	1
63.2	Zuständigkeit und Voraussetzungen	2/3
63.3	Beteiligte (§ 9 ZVG)	3
63.4	Betreibender Gläubiger; Beitritt (§ 9 ZVG)	4/1
63.5	Rangordnung der Rechte	6
63.6	Gang des Verfahrens (§ 15 ZVG)	6/27
63.7	Aufhebung und einstweilige Einstellung des Verfahrens	6/34
63.8	Bestimmung des Versteigerungstermins (§§ 35 bis 43 ZVG) .	13
63.9	Geringstes Gebot	15
63.10	Versteigerungsbedingungen	19
63.11	Durchführung des Versteigerungstermins (§§ 66 ff. ZVG) ...	21
63.12	Entscheidung über den Zuschlag	25
63.13	Beschwerde (§§ 95 ff. ZVG)	27
63.14	Verteilung des Erlöses	28
63.15	Grundbuchberichtigung (§ 130 ZVG)	29

Inhaltsübersicht

63.16	Sonderfälle der Zwangsversteigerung (§§ 162 ff. ZVG)	31
63.17	Schlussbemerkungen	33

Abschnitt 7 Insolvenzverfahren

Regelinsolvenzverfahren

I.	Zwecke des Insolvenzverfahrens	1
II.	Organe des Insolvenzverfahrens	2
	1. Insolvenzverwalter	2
	2. Insolvenzgericht	4
	3. Weitere Organe	6
III.	Verfahrensvoraussetzungen	9
	1. Insolvenzfähigkeit	9
	2. Gesetzliche Insolvenzgründe	10/3
	3. Insolvenzantrag	18/2
	4. Ausreichende Masse	24
IV.	Zulassungsverfahren	24/2
	1. Allgemeines	24/2
	2. Zustellung des Insolvenzantrages an den Schuldner	26
	3. Tilgung der Forderung vor Entscheidung des Insolvenzgerichts über den Eröffnungsantrag	27
V.	Auskunftspflichten des Schuldners	29
VI.	Anordnung von Sicherungsmaßnahmen	30
	1. Übersicht	30
	2. Vorläufiger Insolvenzverwalter	33
	3. Pflichten des vorläufigen Insolvenzverwalters gegenüber dem Insolvenzgericht	35
	4. Weitere Pflichten	35
VII.	Eröffnung des Insolvenzverfahrens	36
VIII.	Rechtsschutz des Schuldners	39
	a) Insolvenzzrechtlicher Rechtsschutz	39

Inhaltsübersicht

	b) Fachgerichtlicher Rechtsschutz des Schuldners (im Falle von kommunalen Insolvenzanträgen verwaltungsgerichtlicher Rechtsschutz)	40
	c) Nachträglicher Ausgleich durch Schadensersatzpflichten bei ungerechtfertigten Insolvenzantrag	44
IX.	Wirkung der Eröffnung des Insolvenzverfahrens	44
	1. Allgemeines, insbesondere Aufgaben des Insolvenzverwalters	44
	2. Sonderinsolvenzverwalter	52/4
	3. Rechtslage bei Verfügungen des Schuldners	56
	4. Rechtslage bei Leistungen der Gemeinde an den Schuldner	63
	5. Einschränkung der Vollstreckungsbefugnis der Gemeinden und die Unwirksamkeit von Vollstreckungsmaßnahmen nach der Insolvenzordnung	64
	6. Einschränkung der Geltendmachung von Forderungen gegen Dritte	74/3
	7. Persönliche Stellung des Schuldners im Verfahren	76
X.	Insolvenzmasse	86
	1. Bestand	86
	2. Vergrößerung der Istmasse durch Anfechtung	92
	3. Ertragsteuerrechtliche Behandlung von Mehrungen und Minderungen der Insolvenzmasse	110
XI.	Geltendmachung von Gläubigerforderungen – Grundsatz ..	112
	1. Allgemeines	112
	2. Aussonderungsberechtigte	113
	3. Absonderungsberechtigte	114/2
	4. Massegläubiger	130
	5. Aufrechnungsberechtigte	134
	6. Nachinsolvenzgläubiger oder „Neugläubiger“	139
XII.	Speziell zur Geltendmachung von ungesicherten und nicht aufrechenbaren Insolvenzforderungen (Anmeldung zur Tabelle)	140
	1. Allgemeines	140

Inhaltsübersicht

2.	Anmeldungsfähigkeit der betroffenen Forderung	140
3.	Notwendigkeit und Vorbereitung der Forderungs- anmeldung	146
4.	Anmeldefrist	148
5.	Anmeldung von Grundsteuern	150
6.	Vorgehen bei der Forderungsanmeldung	152
7.	Eingang der Anmeldung beim Insolvenzverwalter	159
8.	Eintrag der angemeldeten Forderung in die Insolvenz- tabelle	159
9.	Weiteres Verfahren	162
10.	Feststellung zur Tabelle	171
11.	Verfolgung streitig gebliebener Insolvenzforderungen	174
XIII.	Wahlrecht des Insolvenzverwalters bei nicht vollständig erfüllten Verträgen	187
XIV.	Praktische Vorgehensweise der Kasse	190
XV.	Praktische Vorgehensweise des Fachamtes	191
XVI.	Verwertung der Masse	193
XVII.	Einstellung des Insolvenzverfahrens	198
1.	Einstellung mangels Masse	198
2.	Einstellung in allseitigem Einvernehmen	199
3.	Stellung von Schuldner und Gläubigern nach der Einstellung	200
XVIII.	Verteilungsverfahren	202
1.	Arten von Verteilungen in Insolvenzverfahren	202
2.	Verteilungsmaßstäbe	203
3.	Beginn der Verteilung	204
4.	Zu berücksichtigende Forderungen	204
5.	Abschlagsverteilung	208
6.	Schlussverteilung	210
7.	Die Nachtragsverteilung	215
XIX.	Insolvenzplan	217

Inhaltsübersicht

XX.	Durchführung des Insolvenzverfahrens in Eigenverwaltung des Schuldners	223
XXI.	Aufhebung des Insolvenzverfahrens	227
	1. Allgemeines	227
	2. Aufhebungsgründe	227
	3. Gerichtlicher Aufhebungsbeschluss	227
	4. Wirkungen des Aufhebungsbeschlusses	228
XXII.	Restschuldbefreiung nach Abschluss des Insolvenzverfahrens	229
	1. Betroffener Personenkreis	229
	2. Bedeutung der Restschuldbefreiung und Ausnahme davon .	236
	3. Überblick über den Verfahrensgang	237
	4. Antrag des Schuldners	240
	5. Wohlverhaltensphase	243
	6. Treuhänder	249
	7. Entscheidung über die Erteilung der Restschuldbefreiung und ihre Wirkung	251
	8. Antrag auf Widerruf einer Restschuldbefreiung	252
XXIII.	Nachlassinsolvenzverfahren	254
XXIV.	Löschung vermögensloser Kapitalgesellschaften	257
	1. Allgemeines	257
	2. Vermögenslosigkeit	258
	3. Einleitung des Lösungsverfahrens	259
	4. Löschung	260
	5. Späteres Bekanntwerden von Vermögenswerten	260
XXV.	Private Limited Company (Limited) in der Insolvenz	261

Inhaltsübersicht

Verbraucherinsolvenzverfahren

I.	Vor der Verfahrenseröffnung	1
	1. Forderungsanfrage	1
	2. Außergerichtliche Einigung	1
	3. Eröffnungsantrag des Schuldners	3
	4. Gerichtliches Schuldenbereinigungsplanverfahren	4
II.	Begriffsbestimmungen	8
	1. Insolvenzmasse	8
	2. Neuvermögen	9
	3. Neuschulden	9
	4. Insolvenzgläubiger	10
	5. Absonderungsberechtigter	11
	6. Massegläubiger	12
	7. Insolvenzverwalter	13
III.	Eröffnung des Insolvenzverfahrens	15
	1. Eröffnungsbeschluss	15
	2. Auswirkungen für den Schuldner	17
	3. Auswirkungen für die Insolvenzgläubiger	18
	4. Auswirkungen für Massegläubiger	20
	5. Auswirkungen für Absonderungsberechtigte	22
	6. Berichtstermin – erste Gläubigerversammlung	23
	7. Gläubigerausschuss	25
	8. Gläubigerversammlung	25
IV.	Durchführung des Verfahrens	26
	1. Forderungsanmeldung	26
	2. Geltendmachung des Absonderungsrechts	28
	3. Anfechtung	29
	4. Gläubigerbefriedigung durch Verwertung des Vermögens nach den Vorschriften der InsO	31
	5. Gläubigerbefriedigung durch Insolvenzplan	32

Inhaltsübersicht

6.	Aufgaben des Insolvenzverwalters	34
7.	Haftung des Insolvenzverwalters	35
8.	Verteilung der Insolvenzmasse	35
9.	Restschuldbefreiung	36
10.	Voraussetzungen	37
11.	Zeitlicher Rahmen	46
12.	Schlusstermin	47
V.	Aufhebung des Verfahrens	47
1.	Beschluss	47
2.	Insolvenzmasse	48
3.	Vollstreckung nach Erteilung der Restschuldbefreiung	48
Anhang		
	(Muster-)Dienstanweisung für das Regelinsolvenzverfahren	1
	(Muster-)Dienstanweisung für das Verbraucherinsolvenzverfahren	23

Abschnitt 8

Sicherungsverfahren und Befriedigung durch die Verwertung von Sicherheiten

81	Sicherungsverfahren	1
81.1	Allgemeines	1
81.2	Regelung nach der Abgabenordnung (AO 77)	3
81.3	Persönlicher Sicherheitsarrest	4
81.4	Haftung bei unzulässigem Arrest	4
81.5	<i>zurzeit nicht besetzt</i>	
81.6	Arrestgrund bei persönlichem Sicherheitsarrest	5
81.7	Vollziehung	7
81.8	Beitreibungsverfahren	9
82	Sicherheitsleistungen	10
82.1	Allgemeines	10
82.2	Rechtsgründe für die Bestellung von Sicherheitsleistungen	11

Inhaltsübersicht

82.3	Bestellung von Sicherheitsleistungen, Arten der Sicherheitsleistungen, Annahmewerte	13
82.4	Erzwingung von Sicherheitsleistungen	21
82.5	Rückgabe oder Verwertung der Sicherheitsleistungen	21
83	Sicherungsübereignung	22
83.1	Allgemeines	22
83.2	Sicherungsgut	23
83.3	Erlöschen und Verwertung des Sicherungseigentums	23
84	Sicherungsabtretung	24
84.1	Allgemeines	24
84.2	Form der Sicherungsabtretung	24
84.3	Arten der Sicherungsabtretung	24

Abschnitt 9 Nebenforderungen

91	Kosten (Gebühren)	1
91.1	Allgemeines	1
91.2	Mahngebühren	3
91.3	Pfändungsgebühren	1
91.4	Wegnahmegebühr	1
91.5	Versteigerungs-/Verwertungsgebühren	1
91.6	Schreibgebühren	1
91.7	Mehrheit von Schuldnern	1
91.8	Gebührenberechnung/Abrundung	1
91.9	Kosten bei isoliertem Vorverfahren	1
92	Auslagen	1
92.1	Voraussetzungen	1
92.2	Auslagen für Mahnungen	2
92.3	Kosten und Auslagen im Vollstreckungsverfahren	1
92.4	Reisekosten im Vollstreckungsverfahren	1

Inhaltsübersicht

92.5	Einheitliches Verfahren bei Verwertung	1
92.6	Festsetzung und Beitreibung der Kosten	1
92.7	Kostenschuldner, Kostenhaftung, Fälligkeit	1
92.8	Abweichende Kostenberechnung	1
92.9	Inanspruchnahme von Gerichtsvollziehern	1
93	Säumniszuschläge	1
93.1	Rechtsgrundlage und Wesen der Säumniszuschläge	1
93.2	Voraussetzungen für die Erhebung von Säumniszuschlägen ..	3
93.3	Beginn und Ende der Säumnis	7
93.4	Berechnung der Schonfrist und des Säumniszeitraums	8
93.5	Höhe und Berechnung der Säumniszuschläge	11
93.6	Entstehung und Fälligkeit, Anforderung und Verjährung der Säumniszuschläge	15
93.7	Schuldner und Haftung bei Säumniszuschlägen	17
93.8	Stundung, Niederschlagung und Erlass von Säumnis- zuschlägen	21
94	Zinsen	1
94.1	Allgemeines	1
94.2	Stundungszinsen	1
94.3	Verzinsung von hinterzogenen Steuern	1
94.4	Prozesszinsen auf Erstattungsbeträge	1
94.5	Zinsen bei Aussetzung der Vollziehung	1
94.6	Verzugszinsen	1

Abschnitt 10

Vollstreckung von Verwaltungsakten, mit denen eine Handlung, eine Duldung oder Unterlassung gefordert wird – Allgemeine Vorschriften, Verfahren und Formen –

100	Allgemeines	3
1.	Voraussetzungen der Vollstreckung	3
2.	Begriffe	4/1

Inhaltsübersicht

3. Vollstreckungsbehörden/Vollzugsbehörden	5
4. Verfahren	5
5. Ausnahmen bei der Gefahrenabwehr	14
6. Rechtsbehelfe	17
7. Folgenbeseitigungsanspruch	17
8. Vollstreckung gegen Behörden und juristische Personen des öffentlichen Rechts	18
101 Zwangsmittel	18
1. Allgemeines	18
2. Zwangsgeld	20
3. Ersatzzwangshaft und Erzwingungshaft	22/2
4. Ersatzvornahme	26
5. Unmittelbarer Zwang	28/3

Abschnitt 11

Rechtsbehelfe, Behörden Zuständigkeit, Vollstreckungsschutz

111 Rechtsbehelfe gegen Anordnungen und Maßnahmen der Vollstreckungsbehörden	1
I. Allgemeines	1
II. Einwendungen gegen die Rechtmäßigkeit der Vollstreckungsgrundlage	2
III. Rechtsbehelfe gegen die Vollstreckung als solche	4
IV. Der Rechtsschutz gegen einzelne Vollstreckungsmaßnahmen	6
V. Das Widerspruchsverfahren	10/1
VI. Das Verfahren vor den Verwaltungsgerichten	10/19
VII. Vorbeugender Rechtsschutz	11
VIII. Nachfolgender Rechtsschutz	12
IX. Rechte Dritter	12
111.1 Die aufschiebende Wirkung	13
111.2 Vollstreckung aufgrund besonderer Rechtsgrundlagen	16/1
111.3 Schlussbetrachtung	22

112	Behördenzuständigkeit	1
	112.1 Begriff und Arten der Zuständigkeit	1
	112.2 Zuständigkeit der Vollstreckungsbehörden	3
	112.3 Organisation der Vollstreckungsbehörden	9
113	Vollstreckungsschutz	1
	113.1 Allgemeines	1
	113.2 Widerspruch	2/7
	113.3 Antrag auf Aussetzung der Vollziehung	3
	113.4 Vollstreckungsaufschub	6
	113.5 Weitere Vollstreckungsschutzbestimmungen	11

Abschnitt 12

Geltendmachung und Vollstreckung von kommunalen Forderungen nach der Zivilprozessordnung (ZPO)

120	Allgemeines	1
	120.1 Zur Bedeutung der Zivilprozessordnung für die Geltend- machung und Durchsetzung kommunaler Forderungen ...	1
	120.2 Beschaffung des Vollstreckungstitels	5
	120.3 Zulässigkeitsvoraussetzungen im Zivilprozess	9
	120.4 Sonderproblem bei einer Drittschuldnerklage	15
	120.5 Fortgang des Verfahrens	17
	120.6 Berufung	20
	120.7 Wiedereinsetzung	22
	120.8 Gerichtliches Mahnverfahren	23
	120.9 Mahnantrag	24
	120.10 Mahnbescheid	28
	120.11 Vollstreckungsbescheid	29
121	Gerichtliche Zwangsvollstreckung	31
	121.1 Vollstreckungsvoraussetzungen	31
	121.2 Zwangsvollstreckung wegen Geldforderungen in das bewegliche Vermögen	33

Inhaltsübersicht

121.3	Vollstreckung in das bewegliche Sachvermögen	33
121.4	Vollstreckung in Forderungen und andere Vermögensrechte	36
121.5	Zwangsvollstreckung wegen Geldforderungen in das unbewegliche Vermögen	38
121.6	Arbeitsgerichtliches Verfahren	38

Anhang

Verordnung über Formulare für die Zwangsvollstreckung (Zwangsvollstreckungsformular-Verordnung – ZVFFV)	1
---	---

Abschnitt 13

Das Grundbuch und dessen Bedeutung im Verwaltungszwangsverfahren

130	Das Grundbuch	1
130.1	Allgemeines	1
130.2	Zuständigkeiten in Grundbuchsachen, Berechtigte, Beteiligte, Einsichtnahme	3
130.3	Öffentlicher Glaube und Berichtigung von Unrichtigkeiten	4/1
130.4	Eintragungsfähige Rechte, Eintragungsvoraussetzungen	5
130.5	Inhalt des Grundbuchs, Rangordnung, Vormerkung	8

Abschnitt 14

Orientierungshilfen für den Vollstreckungsdienst

14.1	Allgemein	1
14.2	Forderungspfändung	3
14.3	Auskünfte und Ermittlungen	15
14.4	<i>zurzeit nicht besetzt</i>	
14.5	Vollstreckungsaufschub	33
14.6	Grundstücksvollstreckung	39
14.7	Zwangssicherungshypothek	43
14.8	Zwangsverwaltung	47
14.9	Zwangsversteigerung	51
	Ablösung von Rechten	65